

Mittwoch
8. Januar 2014

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
122. Jahrgang Nr. 5

Goldfestung Schweizer Experten haben in Singapur das schönste und sicherste Zollfreilager der Welt gebaut. 8

Sklaverei Steve McQueens «12 Years a Slave» ist ein filmisches Meisterwerk über die Menschenwürde. 21

Megalithen Auf den Orkney-Inseln stehen die ursprünglichsten Steinzeitfelsen. 32



Politiker wollen nationales Register für Schwarzfahrer

Eine gesamtschweizerische Datenbank soll höhere Strafen für notorische Schwarzfahrer ermöglichen.

Von Christian Brönnimann, Bern

Viele Transportunternehmen erfassen die Personalien von Schwarzfahrern in eigenen Registern. Die Datenbanken dienen unter anderem dazu, im Wiederholungsfall höhere Zuschläge in Rechnung stellen zu können. Das funktioniert aber nur, wenn die verschiedenen Schwarzfahrten im selben Netz unternommen wurden. Diese Einschränkung will die Verkehrskommission des Nationalrats nun beheben. Einstimmig haben sich ihre 25 Mitglieder dafür ausgesprochen, die gesetzlichen Grundlagen für eine gesamtschweizerische Schwarzfahrer-Datenbank zu schaffen.

Geführt werden soll die Datenbank vom Verband öffentlicher Verkehr (VÖV). Es ergebe keinen Sinn, wenn jedes Unternehmen sein eigenes Register pflege, sagt dessen Direktor Ueli Stückelberger. Einerseits führe das zu höheren Kosten. Andererseits dürfe es nicht mehr vorkommen, dass sich wiederholte Schwarzfahrten nur deshalb nicht auf die Zuschlagshöhe auswirkten, weil

sie auf verschiedenen Netzen festgestellt worden seien.

Selbst die Grünen, die beim Anhäufen von persönlichen Daten üblicherweise besonders kritisch hinschauen, befürworten die Pläne. Die Schaffung eines nationalen Registers sei eine pragmatische Lösung, sagt Co-Präsidentin Regula Rytz. Schliesslich erfassten die einzelnen Transportunternehmen die Personalien schon heute. Zentral sei aber, dass die Datenschutzbestimmungen eingehalten und die erfassten Daten spätestens nach zwei Jahren wieder gelöscht würden, sagt Rytz.

Die Vorgabe, dass alte Daten gelöscht werden müssen, war in der Vergangenheit nicht immer eingehalten worden. Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte beanstandet in seinem jüngsten Jahresbericht, dass die SBB sogar Datensätze aus den Jahren 1999 und 2000 horten. Ein neues, zentrales Register unterstützt der Beauftragte nun. Datenschutz sei nicht Täterschutz, sagt eine Sprecherin. *Kommentar Seite 2, Bericht Seite 3*

Zuwanderung: EU beruhigt

Der Massenansturm fällt aus: EU-Sozialkommissar Laszlo Andor sieht keine Anzeichen für eine wachsende Zahl von rumänischen und bulgarischen Zuwanderern mit dem Beginn der vollen Freizügigkeit seit Jahresbeginn: Innerhalb der nächsten Wochen würden auch die Bürger feststellen, dass es keinen Zustrom rumänischer und bulgarischer Arbeitskräfte in andere europäische Mitgliedsstaaten gebe, sagte Andor gestern in Brüssel.

Die EU-Kommission sieht hinter den Warnungen vor Masseneinwanderung und dem sogenannten Sozialtourismus, die vor allem aus Grossbritannien und

Deutschland zu vernehmen waren, populistische Motive. Die meisten auswanderungswilligen Rumänen und Bulgaren hätten ihre Heimat bereits verlassen, um in anderen EU-Staaten erfolgreich Arbeit zu finden. Selbst in Deutschland zahlen Rumänen und Bulgaren mehr in die Sozialversicherungen ein, als sie beziehen.

Aus Laszlo Andors Sicht profitieren vor allem die Aufnahmelande, darunter auch die Schweiz. «Deshalb verstehen wir auch den diskriminierenden Ansatz der Zuwanderungsinitiative der SVP nicht», erklärte der Sozialkommissar gestern. *(sti) - Seite 5*

Prominente FDP-Hilfe für Corine Mauch

Der ehemalige Zürcher Stadtpräsident Thomas Wagner sorgt für Missmut in der eigenen Partei: Er unterstützt bei der Wahl ums Stadtpräsidium nicht seinen FDP-Parteikollegen Filippo Leutenegger, sondern Corine Mauch. Wagner ist dem Komitee der SP-Stadtpräsidentin beigetreten. FDP-Stadtparteipräsident Michael Baumer ärgert sich über Wagner, dessen Haltung von wenig Fingerspitzengefühl zeuge. Zwei weitere prominente FDP-Politiker berufen sich aufs Wahlgeheimnis und sagen nicht, ob sie Leutenegger am 9. Februar als Stadtpräsidenten wählen werden: Alt-Stadtrat Martin Vollenwyder und der amtierende Stadtrat Andres Türler. Leutenegger selbst wehrt sich gegen sein Image als Rechtsaussenpolitiker. Er verweist auf das jüngste Nationalratsrating, bei dem er im Vergleich zu früher moderater abschneide. *(pa/gg/len) - Seite 3, 13*

Basler Honoraraffäre weitet sich aus

Der basel-städtische Regierungsrat und Präsident der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz Carlo Conti (CVP) tritt überraschend zurück. Er hat Honorare und Entschädigungen von über 110 000 Franken zurückbehalten oder nicht korrekt abgerechnet. Er habe die Situation «bereinigt» und die entsprechenden Beträge an den Kanton überwiesen, sagte er gestern vor den Medien. Aber er wolle «zu seinen Fehlern stehen» und gebe sein Amt auf den Sommer ab. Mit Contis Rücktritt weitet sich die Baselbieter Honoraraffäre auf die städtischen Nachbarn aus. Im Baselbiet haben verschiedene Regierungsräte und Chefbeamte Honorare aus Verwaltungsratsmandaten behalten, statt das Geld an den Kanton weiterzugeben. Diesem sind dadurch in den letzten fünf Jahren mindestens 320 000 Franken entgangen. *(bua) - Seite 4*

Willkommen in Willesden



Ein literarisches Leben zwischen London und New York: Bestsellerautorin Zadie Smith. Foto: Linda Brownlee (Corbis Outline, Dukas)

Zadie Smith war erst 25, als sie mit ihrem Romandebüt «White Teeth» («Zähne zeigen») zur weltweit gefeierten Bestsellerautorin und Galionsfigur der Migrationsliteratur wurde. Heute ist sie 38, und ihr vierter Roman «NW» erscheint jetzt auf Deutsch. Die Tochter einer Jamaikanerin und eines Engländers wurde in den Londoner Stadtteil Willesden hineingebohren, heute pendelt sie mit ihrem Mann, dem irischen Lyriker Nick Laird, und

ihren beiden Kindern zwischen Willesden und New York.

Persönlich hätte sie Hunde den Kindern vorgezogen, erzählt sie gern, aber sie konnte ihrem Mann den Kinderwunsch nicht abschlagen. «NW» ist ein schillernder Roman über Willesden im Nordwesten Londons, das seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem der grossen Migrationszentren geworden ist. Es ist aber auch ein packender Roman über zwei

junge Frauen und ihre unterschiedlich scheiternden Lebensentwürfe.

Als Smith vom «Guardian» einst nach den wichtigsten Regeln für angehende Schriftsteller gefragt wurde, sagte sie: «Romantisiere deine «Berufung» nicht. Du kannst entweder gute Sätze schreiben oder nicht. Alles, was zählt, ist, was du auf der Seite hinterlässt. Arbeite an einem Computer, der nicht mit dem Internet verbunden ist.» *(sme) - Seite 23*

Heute

Deutschland
Bericht nennt Schuldige des Elbphilharmonie-Desasters

Eine unfertige Planung und überforderte Politiker sind gemäss Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses für das Elbphilharmonie-Desaster in Hamburg verantwortlich. Dem Bericht zufolge wollten alle Beteiligten das Projekt unbedingt umsetzen, ohne die wahren Kosten offenzulegen. - *Seite 25*

Generalversammlungen
Abzockerinitiative verleiht den Aktionären mehr Macht

Auf die Aktionäre wartet viel Arbeit: An den diesjährigen Generalversammlungen können sie über eine Reihe von Fragen abstimmen, die bisher der Verwaltungsrat regelte. Dieser Machtzuwachs für die Firmeneigner zeigt bereits erste Wirkung, wie das Beispiel der Schaffner Holding belegt. - *Seite 33*

Kommentare & Analysen

«Ein Viertel der Briten will einfach nur den Sieg über Deutschland feiern.»

Peter Nonnenmacher über die Stimmung vor dem 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs. - *Seite 9*

Wer wird in diesem Jahr als beste Schweizerin, bester Schweizer der Welt ausgezeichnet? - *Seite 9*

Kopf des Tages

Dennis Rodman möchte als «Basketball-Diplomat» Frieden in die Welt bringen. - *Seite 9*

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	18
Fernsehprogramme	26, 27
Veranstaltungen	28
Rätsel	31
Börse	37

Anzeige



1 4 0 0 5

9 771422 999005

Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Schweiz

Schwarzfahrer sollen künftig zentral erfasst werden

Ein einziges grosses Register für die Personalien von Schwarzfahrern statt vieler kleiner: Verkehrspolitiker aller Parteien unterstützen diese Idee. Die Transportbetriebe hoffen auf höhere Straf gelder.

Von Christian Brönnimann, Bern

Bislang unbemerkt von der Öffentlichkeit haben Verkehrspolitiker des Nationalrats eine Gesetzesänderung in die Wege geleitet, die weitreichende Folgen hat für alle Benützer des öffentlichen Verkehrs, die ohne gültiges Billett erwischt werden. Ihre persönlichen Daten sollen künftig in einer zentralen Datenbank erfasst und abgerufen werden können. Diesen Beschluss fasste die 25-köpfige Verkehrskommission des Nationalrats ohne Gegenstimme. Damit gehen die Parlamentarier weiter als der Bundesrat. Jener hatte lediglich vorgeschlagen, das Gesetz so zu ändern, dass Verkehrsbetriebe Daten von Schwarzfahrern neu untereinander austauschen können.

Schon heute legen viele Verkehrsbetriebe die Angaben von Schwarzfahrern in eigenen Registern ab. Über die Jahre sind so mehrere Hunderttausend Datensätze entstanden. Genutzt werden die Register unter anderem, um Schwarzfahrern im Wiederholungsfall höhere Strafen erteilen zu können. So verrechnen beispielsweise die Kontrolleure der SBB, der Postauto AG oder des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) 90 Franken, wenn ein Passagier zum ersten Mal ohne Billett erwischt wird. Beim zweiten Mal sind es schon 130 und ab dem dritten Mal 160 Franken. Zudem droht notorischen Schwarzfahrern eine Anzeige.

Höhere Strafen dank Datenbank

Die separate Erfassung der Schwarzfahrer in mehreren Datenbanken hat zur Folge, dass nicht mit einem höheren Zuschlag gebüsst werden kann, wer auf verschiedenen Netzen ohne gültiges Billett erwischt wurde. Das sei der Sache nicht dienlich, sagt CVP-Nationalrätin und Präsidentin der Verkehrskommission Viola Amherd. Denn es gehöre sich, notorische Schwarzfahrer «merklich höher» zu bestrafen als jemanden, der ausnahmsweise einmal vergessen habe, ein Billett zu lösen. Deshalb erachte die Kommission die Schaffung eines nationalen Registers als verhältnismässig. Gleichzeitig habe sie aber klar festgehalten, dass dabei die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden müssten, sagt Amherd.

Ein nationales Register könnte Verkehrsbetriebe zu höheren Straf geldern in Wiederholungsfällen animieren, die bislang darauf verzichtet haben. Zu ih-



Kontrolle in einem Intercity der SBB: Wer ohne Billett unterwegs ist, wird gebüsst und in einem Register gespeichert. Foto: Keystone



Ueli Stückelberger

Der 45-jährige Berner ist seit März 2011 Direktor des Verbandes öffentlicher Verkehr. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

nen gehört etwa Bernmobil. «Mit einer gesamtschweizerischen Datenbank würde sich Bernmobil überlegen, abgestufte Zuschläge einzuführen», sagt ein Sprecher.

Im Gegensatz zu anderen Unternehmen speichert Bernmobil die Daten der erwischten Schwarzfahrer bislang nur dann ab, wenn eine Strafe nicht vor Ort bezahlt wird. Direkten Zugriff auf die Register haben die Kontrolleure aber bei

keinem der angefragten Unternehmen. Ein Wiederholungsfall wird erst bei der Nachbearbeitung in der Zentrale bemerkt und in Rechnung gestellt. Wie häufig Wiederholungsfälle insgesamt sind, ist nicht bekannt. Nur die Postauto AG verfügt über eine entsprechende Statistik. Hier muss gut jeder dritte Schwarzfahrer tiefer in die Tasche greifen, weil er bereits registriert war.

Dachverband baut Plattform

Den Anstoss für ein nationales Register gegeben hat der Verband öffentlicher Verkehr (VÖV). Direktor Ueli Stückelberger stellt den Vorschlag in einen grösseren Zusammenhang. Der VÖV baue derzeit eine gemeinsame Softwareplattform für die verschiedenen Transportunternehmen auf, erklärt er. Darüber soll beispielsweise das künftige Tarifs system abgewickelt werden. Nicht zuletzt aus Effizienzüberlegungen biete sich die Platt-

form auch für die zentrale Verwaltung der Daten von Schwarzfahrern an, sagt Stückelberger. Gleichzeitig betont er, dass noch kein Entscheid gefallen sei, ob ein solches Register tatsächlich geschaffen werde. Bei der jetzigen Gesetzesrevision gehe es lediglich darum, die Möglichkeit dafür zu schaffen.

Aus Sicht des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten spricht grundsätzlich nichts gegen ein nationales Schwarzfahrer-Register, wie Sprecherin Eliane Schmid erklärt. «Datenschutz ist eben gerade nicht Täterschutz», sagt sie. Eine explizite gesetzliche Grundlage sei sogar erwünscht. Denn es müsse klar geregelt werden, wie lange die Daten gespeichert bleiben dürften, wie sie gesichert würden und wer darauf Zugriff habe. Für Stückelberger ist es selbstverständlich, dass sich «nicht jeder Neugierige» durch das Register klicken könnte.

Kommentar Seite 2

Weitere Rüge aus Strassburg

Die Schweizer Behörden haben einen Asylbewerber aus dem Sudan zu Unrecht abgewiesen, befand der Menschenrechtsgerichtshof.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Schweiz in jüngerer Zeit mehrmals gerüffelt. Nun folgt eine weitere Rüge. Die Richter in Strassburg kritisieren die geplante Wegweisung eines Asylbewerbers aus dem Sudan. Der 29-Jährige ist 2004 in die Schweiz geflüchtet und hat hier erfolglos um Asyl ersucht. Trotz negativem Bescheid blieb er in der Schweiz und stellte 2009 ein zweites Gesuch. Dazu machte er geltend, mittlerweile Menschenrechtsverantwortlicher der «Sudan Liberation Movement/Unity» zu sein. Wegen dieser politischen Aktivität drohten ihm bei einer Rückkehr in den Sudan Verfolgung und Folter. Die Schweizer Behörden wiesen 2012 auch das zweite Asylgesuch ab und ordneten die Wegweisung an. Das Bundesverwaltungsgericht stützte diesen Entscheid. Der Betroffene habe nicht mit ernsthaften Nachteilen vonseiten des Regimes zu rechnen; sein angebliches politisches Engagement sei zudem als Inszenierung für die schweizerischen Asylbehörden zu erkennen.

Der Mann hat sich beim EGMR erfolgreich beschwert. Dieser hat gestern bekannt gegeben, dass im Falle eines Vollzugs der Wegweisung in den Sudan das in der Menschenrechtskonvention verankerte Verbot von Folter oder erniedrigender Behandlung verletzt werden könnte. Es sei davon auszugehen, dass im Sudan nicht nur hochrangige Politaktivisten gefährdet seien, sondern auch Personen, die bloss der Unterstützung der Opposition verdächtigt würden. Fest stehe zudem, dass die Aktivitäten politischer Gegner im Ausland von der sudanesischen Regierung überwacht würden. Der Betroffene habe mit seinen politischen Aktivitäten die Aufmerksamkeit des sudanesischen Regimes auf sich gezogen. Es gebe damit gute Gründe zur Annahme, dass er bei der Ankunft verhaftet und gefoltert werden könnte.

Der Fall reiht sich ein in eine Serie von Entscheiden, mit denen der EGMR die Schweiz jüngst in unterschiedlichen Bereichen getadelt hat: Kritisiert wurde unter anderem die Rassismus-Verurteilung des türkischen Nationalisten Dogu Perincek und die Einziehung irakischer Gelder. Im Frühling 2013 hatte der EGMR die Schweiz aufgefordert, klar zu regeln, ob und unter welchen Bedingungen sterbewilligen Personen ohne tödliche Krankheit ein medikamentöser Suizid zu ermöglichen sei. (SDA)

Fulvio Pelli und Philipp Müller haben den Freisinn diszipliniert

Das Parlamentarierrating zeigt: Die FDP stimmt so einheitlich, wie es früher nur SP und Grüne taten. Im Zweifelsfall enthalten gilt für Abweichler in der Fraktion.

Von René Lenzin

«Unsere Fraktion hat seit 2008 massiv an Geschlossenheit gewonnen und positioniert sich geschlossen und klar von den anderen Parteien differenzierbar rechts der Mitte.» Mit diesen Worten freute sich FDP-Präsident Philipp Müller, als die NZZ kürzlich ein Parlamentarierrating präsentierte. Dieses erscheint regelmässig und teilt die Nationalratsmitglieder aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens auf einer Skala von plus10 (rechts) bis minus 10 (links) ein. Müllers Freude ist verständlich. Zwischen 2000 und heute haben sich seine Freisinnig-Liberalen von einem politisch disparaten Haufen zu einer geschlossen stimmenden Truppe entwickelt. Die interne Spannweite ist von 11,1 auf 2,5 Prozentpunkte gesunken. Statt von minus 1,7 bis zu plus 9,4 bewegt sie sich noch von plus 1,3 bis plus 3,8.

Stellvertretend für diese Entwicklung stehen zwei Ratsmitglieder, die den linken und den rechten Rand der Fraktion repräsentieren: Christa Markwalder und Filippo Leutenegger. Die Bernerin und der Zürcher nehmen zwar immer noch die Extrempositionen ein, haben sich

aber deutlich aufeinander zubewegt. «Wir arbeiten viel intern, diskutieren die Positionen aus und legen sie in Grundsatzpapieren fest», sagt Leutenegger. Bei diesem Prozess gehe es um Überzeugungsarbeit, weshalb er automatisch zu einheitlicheren Positionen führe. Der Prozess habe unter Parteipräsident Fulvio Pelli eingesetzt und sei unter Philipp Müller fortgesetzt worden. Laut Markwalder spiele auch Fraktionschefin Gabi Huber eine wichtige Rolle. Unter ihr werde «länger diskutiert und die Differenzen ausdiskutiert», sagt sie.

Für Huber selbst besteht der wesentliche Unterschied zu früher darin, dass die Fraktion bestimmte Themen mit

einer Zweidrittelmehrheit zu «strategischen Geschäften» ernennen könne. Sei die Position dann inhaltlich ausdiskutiert, sollten die Mitglieder entsprechend stimmen oder sich sonst enthalten. Selbstverständlich müsse man dabei Kompromisse machen, sagt Leutenegger. Aber gegen seine Überzeugungen müsse dank der Möglichkeit der Enthaltung niemand stimmen.

Eine wichtige Rolle für die neue Geschlossenheit der FDP spielt auch die Grösse der Fraktion. Von 42 Mitgliedern im Jahr 2000 ist diese trotz der Fusion mit den Liberalen auf 30 geschrumpft. Die kleinere Truppe sei nicht unbedingt einfacher zu führen, sagt Leutenegger.

Aber als kleinere Partei könne sich der Freisinn divergierende Positionen weniger leisten. «Je kleiner die Fraktion, desto wichtiger die Geschlossenheit», bringt es Markwalder auf den Punkt.

BDP - die linke Flanke der SVP

Eine ähnliche Entwicklung wie die FDP hat auch die CVP durchgemacht. Allerdings ist ihre interne Spannweite immer noch deutlich grösser als beim Freisinn. Näher zusammengerückt ist die aktuelle CVP-Fraktion auch, weil der Tessiner Gewerkschafter Meinrado Robbiani und der Innerrhoder Wirtschaftsvertreter Arthur Loepfe 2011 nicht mehr zu den Nationalratswahlen angetreten sind. Sie

hatten über Jahre den linken und den rechten Rand der Fraktion besetzt.

Bei der SVP kann man einen BDP-Effekt beobachten. Zwischen 2000 und 2013 hat sich die Fraktion von einer politisch breiten zu einer relativ geschlossenen Gruppe entwickelt. Klammert man allerdings jene Nationalräte aus, die nach der Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat zur BDP gewechselt haben, präsentiert sich die

Die politische Karte der Schweiz
www.politik.tagesanzeiger.ch

Parlamentarier auf der Links-rechts-Skala

Bandbreite des Abstimmungsverhaltens der Parteien im Nationalrat bezogen auf die jeweils vier vorangegangenen Sessionen

